

Betreff:

Termine für die Sitzungen des Feuerwehrausschusses im Jahr 2017

Organisationseinheit:

Dezernat II
37 Fachbereich Feuerwehr

Datum:

01.03.2017

Beratungsfolge

Feuerwehrausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

13.03.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

In Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden sind für das Jahr 2017 die folgenden Termine für die Sitzungen des Feuerwehrausschusses vorgesehen:

Weihnachtsferien vom 21. Dezember 2016 bis 6. Januar 2017			
Mittwoch, 1. Februar 2017	17:00 Uhr	FwH Dibbesdorf	Alte Schulstraße 5 C 38108 Braunschweig
Montag, 13. März 2017	16:00 Uhr	Rathaus Großer Sitzungssaal	Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig
Osterferien vom 10. April 2017 bis 22. April 2017			
Mittwoch, 7. Juni 2017	13:30 Uhr	FwH Veltenhof	Wendener Weg 10 38112 Braunschweig
Sommerferien vom 22. Juni 2017 bis 2. August 2017			
Mittwoch, 13. September 2017	16:00 Uhr	Wird noch festgelegt!	
Herbstferien vom 2. Oktober 2017 bis 13. Oktober 2017			
Mittwoch, 25. Oktober 2017	16:00 Uhr	Wird noch festgelegt!	
Mittwoch, 28. November 2017	16:00 Uhr	Wird noch festgelegt!	
Weihnachtsferien vom 22. Dezember 2017 bis 5. Januar 2018			

Ruppert

Anlage/n: keine

Betreff:

Termine der Freiwilligen Feuerwehr im Jahr 2017

Organisationseinheit:

Dezernat II
37 Fachbereich Feuerwehr

Datum:

09.03.2017

Beratungsfolge

Feuerwehrausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

13.03.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Als Anlage wird dem Feuerwehrausschuss eine Auflistung der im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr im Jahr 2017 geplanten besonderen Termine zur Kenntnis gegeben.

Ruppert

Anlage/n:

Schreiben der Freiwilligen Feuerwehr vom 15. Febr. 2017

Freiwillige Feuerwehr
Braunschweig
-Schriftführer-

15. Febr. 2017

Herrn Stadtrat Ruppert
-Dez II-
über **FB 37** und **Stadtbrandmeister**

**Wichtige Termine im Bereiche der Freiwillige Feuerwehr Braunschweig im
Kalenderjahr 2017 -Stand 15. Febr. 2017-**

Sehr geehrter Herr Stadtrat Ruppert,

unter Bezugnahme auf die mündliche Bitte des stellv. Vorsitzenden im Feuerwehrausschuss, Herrn Kurt Schrader, in der Sitzung vom 01. Febr. 2017 in Dibbesdorf, übermittele ich Ihnen, wie gewünscht, eine Übersicht, der mir bisher bekannten und gemeldeten Termine der Ortsfeuerwehren der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig sowie übergreifende Termine der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig im Kalenderjahr 2017 mit Stand 15. Febr. 2017. Ich habe mir erlaubt, diese nach Monaten gestaffelt aufzulisten um eine gute Lesbarkeit zu ermöglichen. Die übergreifenden Termine habe ich hervorgehoben.

Februar 2017

18. Febr. 2017, Delegiertenversammlung der JF und KF in der PTB (10.00 Uhr)
25. Febr. 2017, OrtsBM-Dienstversammlung in Volkmarode (14.00 Uhr)

März 2017

19.03.2017, Konzert des Musikzuges der Ortsfeuerwehr Thune

Mai 2017

07.05.2017, Stadtleistungswettbewerb der Jugendfeuerwehren (Rüningen)
19.05.2017, 11.00 Uhr, Empfang der Stadt BS zur 105. Landesverbandsversammlung
20.05.2014, 09.00 Uhr, 105. Landesverbandsversammlung in BS

Juni 2017

09.06.-11.06.2017, Wochenendfahrt der Stadtkinderfeuerwehr (Braunlage)
11.06. 2017, Bezirkswettbewerb der JF (Wolfsburg)
11.06.2017, St. Floriansgottesdienst in St. Magni
16.06.-18.06.2017, Landeswettbewerb JF (Delmenhorst)
18.06.2017, Abnahme Brandfloh der Kinderfeuerwehren (Lamme)
24.06.-01.07.2017, Zeltlagerwoche vieler Jugendfeuerwehren

August 2017

11.08.2017, Empfang 5 Jahre KF Löschlöwen (Watenbüttel)
26. 08.2017, Stadtorientierungsmarsch der JF in Wenden (40 Jahre JF Wenden)

September 2017

10.09.2017, Stadtleistungswettbewerb der Einsatzabteilungen
10.09.2017, Abnahme der Leistungsspanne JF (LK WF)
24.09.2017, Spiele ohne Grenzen der KF in BS (Stöckheim)

November 2017

04.11-05.11.2017 Jugendwarte-Seminar

gez.
Schulz
-Stadtbrandmeister-

gez.
Kadereit
-Schriftführer-

Betreff:

**Feuerwehrbedarfsplan der Feuerwehr Braunschweig und
Organisationsuntersuchung der Berufsfeuerwehr**

Organisationseinheit:

Dezernat II
37 Fachbereich Feuerwehr

Datum:

07.03.2017

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Feuerwehrausschuss (Vorberatung)	13.03.2017	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	16.03.2017	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	21.03.2017	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	28.03.2017	Ö

Beschluss:

1. Gutachten zur Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans der Feuerwehr Braunschweig

A. Das unter www.braunschweig.de/feuerwehrbedarfsplan veröffentlichte „Gutachten zur Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans der Stadt Braunschweig“ sowie die als Anlage beigefügte Stellungnahme des Stadtkommandos der FF werden als zentrale Arbeitsgrundlagen zustimmend zur Kenntnis genommen.

B. Die im Gutachten genannten vier Empfehlungen zur Steigerung des Schutzzieleerreichungsgrades dienen als konzeptioneller Orientierungs- und Entscheidungsrahmen für Rat und Verwaltung.

C. Die unter www.braunschweig.de/feuerwehrbedarfsplan veröffentlichten „Ergebnisse der Organisationsuntersuchung des Fachbereichs 37“ werden zur Kenntnis genommen.

2. Weiteres Verfahren zur Umsetzung des Feuerwehrbedarfsplanes

A. Die Umsetzung der Gutachterempfehlungen soll nach Konkretisierung der Vorschläge durch die Verwaltung schrittweise im Rahmen der vom Rat beschlossenen Haushaltsmittel erfolgen.

B. Die Verwaltung wird in der zweiten Jahreshälfte 2017 erste Vorschläge zur Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen unterbreiten, die geeignet sind, den Schutzzieleerreichungsgrad zu verbessern.

C. Die ergriffenen Maßnahmen sollen dabei regelmäßig auf ihre Wirksamkeit evaluiert und der Schutzzieleerreichungsgrad regelmäßig ausgewertet werden. In 5 Jahren soll der Feuerwehrbedarfsplan erneut fortgeschrieben werden, um die erforderlichen Maßnahmen ggf. anzupassen.

3. Gutachten über die Organisationsuntersuchung der Berufsfeuerwehr

Das Gutachten zur Organisationsuntersuchung der Berufsfeuerwehr wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung berichtet im 2. Halbjahr 2017 über die geplanten Maßnahmen zur Umsetzung der Gutachterempfehlungen. Die Realisierung notwendiger Maßnahmen im Organisations- und Personalbereich erfolgt im Rahmen der vom Rat beschlossenen Haushaltsmittel.

Sachverhalt:**1 Ausgangssituation**

Nach dem Niedersächsischen Brandschutzgesetz sind die Gemeinden verpflichtet, eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende leistungsfähige Feuerwehr aufzustellen, auszurüsten, zu unterhalten und einzusetzen. Die Leistungsfähigkeit wird üblicherweise im Rahmen der Aufstellung eines Feuerwehrbedarfsplans überprüft und nachgewiesen.

Die Stadt Braunschweig hat am 15. Juli 2015 die forplan GmbH, die vergleichbare Feuerwehrbedarfspläne u.a. für die Städte Hamburg, Lübeck und Halle (Saale) erstellt hat, beauftragt, den derzeit geltenden Feuerwehrbedarfsplan, der im Jahr 2008 erstellt wurde, zu aktualisieren und fortzuschreiben.

Das Gutachten liegt nunmehr vor und besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil wird die taktische Aufstellung der Feuerwehr Braunschweig (Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr) betrachtet. Der zweite Teil ist das Ergebnis einer Organisationsuntersuchung des Fachbereichs 37. Eine Zusammenfassung ist als Anlage 1 beigefügt.

2 Gutachten zur Aktualisierung und Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplanes der Feuerwehr Braunschweig**2.1 Erhebung Ist-Zustand****2.1.1 Auswertung Einsatzdaten / Schutzzielerreichung**

Für die Erhebung des Ist-Zustandes fand eine umfangreiche Analyse der Einsätze in den Jahren 2010 bis 2014 statt. Dazu wurden die Daten von rund 4.500 Einsätzen ausgewertet, die für das Schutzziel relevant sind. Bei diesen Einsätzen handelt es sich um Brände und Hilfeleistungen, zu denen mindestens ein Löschzug der Feuerwehr alarmiert wurde.

Referenz für die Bewertung des Ist-Zustandes ist das AGBF Schutzziel, das die Leistungsanforderungen an Feuerwehren in städtischen Bereichen beschreibt. Die AGBF ist die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren und eine sich selbst tragende Vereinigung im Deutschen Städtetag (DST). Das AGBF-Schutzziel fordert, dass in 90 % aller kritischen Brände (Wohnungsbrand im Obergeschoss eines Mehrfamilienhauses) die Feuerwehr innerhalb von 9:30 min nach Notrufeingang mit 10 Einsatzkräften (Schutzzielstufe 1) und innerhalb von 14:30 min mit weiteren 6 Einsatzkräften (Schutzzielstufe 2) vor Ort ist. Das AGBF-Schutzziel wird von der Rechtsprechung als Kriterium für die Leistungsfähigkeit einer Feuerwehr zugrunde gelegt und gilt als anerkannte Regel der Technik.

Die Auswertung der Einsatzdaten hat ergeben, dass die Feuerwehr Braunschweig (Freiwillige Feuerwehr und Berufsfeuerwehr) im Zeitraum von 2010 bis 2014 die Schutzzielstufe 1 in 64,8 % und die Schutzzielstufe 2 in 84,0 % der entsprechenden Einsätze erreicht hat. Die bundesweit als Maßstab geltenden Vorgaben der AGBF werden somit noch nicht vollständig erreicht. Davon sind insbesondere die Stadtrandlagen im Norden und im Nordosten (u.a. Wenden, Bienrode, Hondelage), aber auch im Westen (u. a. Timmerlah, Teile der Weststadt) betroffen.

2.1.2 Einsatzkräfteverfügbarkeitsanalyse

Parallel zu der Auswertung der Einsatzdaten wurden alle Ortsfeuerwehren begangen und Gespräche mit den Ortsbrandmeistern geführt, um die Situation in den Ortsfeuerwehren aufzunehmen. Weitere Gespräche gab es mit dem Stadtkommando und den Führungskräften der Spezialeinheiten der Freiwilligen Feuerwehr (ABC-Zug und Fachzug Information und Kommunikation).

Sämtliche Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr wurden mittels Fragebogen bezüglich ihrer Verfügbarkeit befragt (Einsatzkräfteverfügbarkeitsanalyse), die Rücklaufquote betrug über 90 %. Mit dieser Einsatzkräfteverfügbarkeitsanalyse wurden die Qualifikationen, der Wohn- und Arbeitsort, das Arbeitszeitmodell und die Abkömmlichkeit vom Arbeitsplatz der Einsatzkräfte abgefragt, um die Verfügbarkeit im Einsatzfall bewerten zu können. Diese Daten wurden mit den Eintragungen in die Einsatzberichte abgeglichen und plausibilisiert. Für jede Ortsfeuerwehr hat der Gutachter die Personalsituation hinsichtlich Quantität, Qualifikationen und zeitlicher Verfügbarkeit ausgewertet.

Die Auswertung der Einsatzkräfteverfügbarkeitsanalyse sowie die Auswertung der Einsatzberichte der Ortsfeuerwehren haben ergeben, dass tagsüber alle 30 Ortsfeuerwehren Probleme mit einer schnellen Verfügbarkeit des Einsatzpersonals haben. In den Abendstunden und am Wochenende ist die Personalverfügbarkeit deutlich besser. Insgesamt sieht der Gutachter die personelle Leistungsfähigkeit der Ortsfeuerwehren insbesondere abends und an Wochenenden auf einem guten Niveau.

2.1.3 Risikobewertung

Im Weiteren wurde eine Risikobewertung durchgeführt. Dazu wurde das Stadtgebiet in Planquadrate mit jeweils 1 km Kantenlänge eingeteilt und für jedes Quadrat das Risiko anhand von Einsatzanzahl, Einsatzdauer und Einsatzumfang im Zeitraum von 2010 bis 2014 bewertet. Das höchste Risiko besteht in den städtisch geprägten Bereichen (u.a. Innenstadt, Ringgebiete, Weststadt, Heidberg, Gewerbegebiet Hansestraße). In den Randbereichen des Stadtgebietes ist das Risiko deutlich niedriger.

2.2 Gutachterbewertung Ist-Zustand

Der Gutachter sieht aufgrund des noch nicht vollständig erreichten AGBF-Schutzziel-erreichungsgrades Handlungsbedarf.

Die Ortsfeuerwehren leisten in den Stadtteilen einen wichtigen und unverzichtbaren Anteil zur Erreichung des Schutzziels, können allerdings tagsüber nicht schnell genug mit ausreichend Personal ausrücken. In den Ballungsräumen (u.a. Ringgebiete, Weststadt) gibt es keine Ortsfeuerwehr.

Der Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr ist bei größeren Schadenslagen (z.B. größere Brände), Unwettereinsätzen (z.B. nach Stürmen und Starkregen), Spezialaufgaben (z.B. ABC-Zug, Hytrans-Wasserfördersystem, Führungsunterstützung mit dem ELW 2), Bombenräumungen, Katastrophenschutz zwingend erforderlich, da nur über die ehrenamtlichen Einsatzkräfte die notwendige Personalmenge bzw. Spezialisten zur Verfügung stehen.

Der Gutachter hält die Ortsfeuerwehren in dem Gesamtsystem der Gefahrenabwehr für unentbehrlich.

2.3 Gutachterempfehlungen zur nachhaltigen Verbesserung des Schutzzieleerreichungsgrades

Der Gutachter spricht sich dafür aus, die Freiwillige Feuerwehr in ihrer derzeitigen Struktur (Anzahl der Ortsfeuerwehren, Stärke und Ausstattung) zu erhalten und in Teilbereichen weiter zu stärken.

Eine signifikante Steigerung der Schutzzieleerreichung der Stufe 1 ist jedoch nach Meinung des Gutachters im Wesentlichen nur durch Personalverstärkungen und durch zusätzliche Standorte der Berufsfeuerwehr möglich. Bei der Ermittlung des notwendigen Personalaufwuchses wurden die verfügbaren Ressourcen der Freiwilligen Feuerwehr berücksichtigt.

Der Gutachter empfiehlt ein Stufenkonzept zur Steigerung des Schutzzieleerreichungsgrads:

1	Ausweitung und Dynamisierung der Verkehrsbeeinflussung (Ampeln)	+ 2 - 3 %
2	Besetzung der Löschfahrzeuge der BF mit 6 Einsatzkräften	+ 8 %
3	Neubau einer Feuerwache im Südwesten	+ 7 %
4	Neubau einer Feuerwache im Norden	+ 11 %

Stufe 1 – Dynamische Verkehrsbeeinflussung (Ampeln)

Momentan besteht eine statische Feuerwehrstraßenschaltung in den Nahbereichen der Südwache und der Hauptwache. Die größte Ausdehnung ist von der Hauptwache ausgehend in östlicher Richtung entlang der B1/B4. Bei der Einsatzauswertung wurde festgestellt, dass die Einsatzfahrzeuge dadurch in östliche Fahrtrichtung ca. 40 Sekunden schneller waren. Würde die Beeinflussung der Ampelanlagen ausgeweitet und auf ein dynamisches System umgestellt, sodass sich diese Maßnahme auch in andere Fahrtrichtungen (z.B. Richtung Norden und Südwesten) auswirkt, könnten erwartungsgemäß mehr Einsätze fristgerecht erreicht werden. Die Simulation zeigt, dass ein durchschnittlicher Zeitgewinn von 40 Sekunden dazu führt, dass rund 2 – 3 % der hilfsfristrelevanten Einsätze zusätzlich innerhalb der Hilfsfrist erreicht werden könnten. Der tatsächliche Erreichungsgrad würde sich dadurch dementsprechend verbessern.

Stufe 2 – Besetzung der Löschfahrzeuge der Berufsfeuerwehr mit sechs Einsatzkräften

Standardmäßig rücken die Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeuge (HLF) der Berufsfeuerwehr momentan mit einer Personalstärke von 5 Einsatzkräften aus. Dies reicht in Kombination mit dem Einsatzleitwagen (2 Einsatzkräfte) und der Drehleiter (2 Einsatzkräfte) nicht aus, um innerhalb der Schutzzielstufe 1 die notwendige Funktionsstärke (10 Einsatzkräfte) einzuhalten.

Im ersten Schritt sollten Unterbesetzungen der HLF durch ungeplante Personalbedarfe (u.a. Verstärkung Flughafenbrandschutz, Fahrschultätigkeit) soweit wie möglich reduziert werden. Mit Blick auf das AGBF-Schutzziel empfiehlt der Gutachter die Stärke der HLF von 5 auf 6 Einsatzkräfte (entspricht Staffelstärke) anzuheben. Nach Umsetzung dieser Maßnahme würde zur Erreichung der Funktionsstärke in der Hilfsfrist 1 neben Einsatzleitwagen und Drehleiter nur noch ein HLF benötigt. Paralleleinsätze würden die Einhaltung der Schutzziele in Zukunft nicht mehr beeinflussen.

Stufe 3 – Neubau einer Feuerwache im Südwesten

Um die Erreichbarkeit der Stadtrandlagen im Westen und Südwesten zu verbessern, wurde eine Verschiebung der Südwestwache in westliche Richtung geprüft. Dadurch würden sich allerdings zusätzliche Abdeckungsdefizite im Südosten ergeben. Somit sollte der vorhandene Südwestwachen-Standort beibehalten werden. Der Löschzug der Feuerwache Süd sollte jedoch aufgeteilt werden. 10 Einsatzkräfte mit Einsatzleitwagen, HLF und Drehleiter werden an einen neuen Standort im Bereich Westerbergstraße verlegt. 6 Einsatzkräfte und ein HLF verbleiben am jetzigen Standort.

Diese Aufteilung ist möglich, da zusammen mit den zuständigen Ortsfeuerwehren die 10 Einsatzkräfte für das AGBF-Schutzziel realisiert werden können. Dafür sind leistungsfähige Ortsfeuerwehren zwingend notwendig. Anderenfalls müsste die Wachstärke auf 10 Einsatzkräfte (der Berufsfeuerwehr) erhöht werden, um das AGBF-Schutzziel sicher zu erreichen.

Ein zusätzlicher Standort an der Westerbergstraße würde dazu führen, dass ca. 7 % der Einsätze zusätzlich innerhalb der Hilfsfrist durch die Berufsfeuerwehr erreicht werden könnten. Die Weststadt wäre damit innerhalb der Hilfsfrist erreichbar. Die Abdeckung in den südöstlichen Stadtgebieten bliebe durch den Erhalt der derzeitigen Südwestwache erhalten. Für die Umsetzung dieser Maßnahme ist kein weiteres Personal notwendig.

Stufe 4 – Neubau einer Feuerwache im Norden

Ein zweiter großer Bereich, in dem die Erreichbarkeit verbessert werden sollte, befindet sich nördlich der Bundesautobahn A 2. Auch hier kann nur ein zusätzlicher Standort dazu führen, dass die Eintreffzeiten der Berufsfeuerwehr bedeutend verringert und die Hilfsfrist zukünftig eingehalten wird. Ein Wachstandort nördlich der A 2 würde dazu führen, dass große Teile des Nordens innerhalb der Hilfsfrist 1 erreicht werden könnten. Ein denkbarer Standort wäre im Bereich Hermann-Blenk-Straße, sodass eine möglichst große Fläche der Stadtteile sowie die Gewerbe- und Industrieflächen innerhalb der Hilfsfrist 1 erreicht werden. Durch den gemeinsamen Einsatz der Berufsfeuerwehren und der zuständigen Ortsfeuerwehren reicht die Stationierung von sechs Einsatzkräften der BF mit einem HLF aus.

Die nach AGBF-Schutzziel geforderten 10 Einsatzkräfte werden gemeinsam durch die zuständige Ortsfeuerwehr und die Berufsfeuerwehr realisiert. Dafür sind leistungsfähige Ortsfeuerwehren zwingend notwendig. Anderenfalls müsste die Wachstärke auf 10 Einsatzkräfte (der Berufsfeuerwehr) erhöht werden, um das AGBF-Schutzziel sicher zu erreichen.

Ein zusätzlicher Standort an der Hermann-Blenk-Straße würde dazu führen, dass rund 11 % der Einsätze zusätzlich innerhalb der Hilfsfrist durch die Berufsfeuerwehr erreicht werden könnten.

2.4 Stellungnahme der Freiwilligen Feuerwehr

Die Freiwillige Feuerwehr hat nach der Vorstellung des Gutachtens eine schriftliche Stellungnahme abgegeben. Diese Stellungnahme inkl. des Anhangs ist im Internet unter www.braunschweig.de/feuerwehrbedarfsplan veröffentlicht.

Das Stadtkommando der Freiwilligen Feuerwehr hat die Stellungnahmen zusammengefasst und gewichtet. Die Zusammenfassung ist dieser Beschlussvorlage als Anlage 2 beigelegt. Das Stadtkommando nennt in seiner Stellungnahme 6 Punkte, die aus Sicht der Freiwilligen Feuerwehr vordringlich zu bearbeiten sind:

1. Ausbau und Stärkung der bestehenden Alarmverbünde in jeweils beide Richtung unter Erweiterung der Alarmierungsstichworte
2. Bildung von mehr Alarmverbünden unter den vorher genannten Voraussetzungen
3. Ausbau und konsequente Umsetzung der Alarm- und Ausrückeordnung unter Hinzuziehung von Alarmfolgefunktionen (z.B. bei RD-Unterstützung, VU1, F1, BMA)
4. Basis der Berechnung von Qualifikationen und Anwesenheit von Feuerwehrkameraden sollte in allen Berechnungen im Gutachten auf dem gleichen Datenstand beruhen.
5. Probeführung „Voralarm“ ab F2 und VU3
6. Breitere Ausbildung von Führungskräften und Spezialfunktionen

Des Weiteren unterstützt das Stadtkommando die Stellungnahme der Ortsfeuerwehr Broitzem abweichend vom Gutachten in der Broitzem ein höherwertiges Löschfahrzeug zu stationieren (LF 10 statt TSF-W).

In einem ersten Abstimmungsgespräch zwischen der Führungsspitze der Freiwillige Feuerwehr und der Verwaltung wurde zu den vorgenannten Punkten grundsätzliche Einigung erzielt. Diese Punkte sollen bei der Umsetzung des Feuerwehrbedarfplans Berücksichtigung finden (siehe Beschluss).

In der Anlage der Stellungnahme der Freiwilligen Feuerwehr sind viele weitere Anregungen / Anmerkungen / Hinweise der einzelnen Ortsfeuerwehren in unterschiedlicher Qualität aufgeführt. Hierzu sind Gespräche mit den Einreichern und mit dem Stadtkommando geplant.

In der Zusammenfassung der Stellungnahmen schlägt das Stadtkommando vor, ein Referat innerhalb des Fachbereiches 37 einzurichten, in dem die Zusammenarbeit koordiniert wird. Dieser Hinweis wird im Rahmen der Umsetzung des Organisationsgutachtens für den FB 37 mit betrachtet werden. Ausdrückliches Ziel der Verwaltung ist es, unabhängig der Organisationsstruktur eine enge Abstimmung zwischen der Freiwilligen Feuerwehr und der Verwaltung – wie bisher auch schon – zu erreichen.

2.5 Einschätzung der Verwaltung

Die Empfehlungen des Gutachters decken sich in weiten Teilen mit der Auffassung der Verwaltung. Insbesondere die Wichtigkeit der Freiwilligen Feuerwehr als elementare Stütze der Gefahrenabwehr wird von der Verwaltung ebenso gesehen.

Aufbauend auf den Empfehlungen wird die Verwaltung Vorschläge zur Umsetzung entwickeln, um den Schutzzieleerreichungsgrad zu verbessern. Es wird deutlich, dass eine durchgreifende Verbesserung des Schutzzieleerreichungsgrades nur mit mehr Personal möglich sein wird. Diese zusätzlichen Feuerwehrbeamten müssen durch die Stadt selbst ausgebildet werden, da auf dem Arbeitsmarkt kaum ausgebildete Feuerwehrbeamte verfügbar sind. Die Ausbildung der zusätzlichen Mitarbeiter kann nur durch eine Erhöhung der jährlich startenden 24-monatigen Laufbahnausbildungslehrgänge erfolgen. So wird die Personalaufstockung ein mehrjähriger Prozess sein.

Die vom Gutachter empfohlenen optimalen Standorte für die zusätzlichen Wachen müssen zunächst auf ihre Realisierbarkeit geprüft werden. Dabei gilt es u.a. Eigentumsverhältnisse,

Verkaufsbereitschaft, Baurecht zu klären. So kann auch die Realisierung der Neubauten erst mittelfristig erfolgen, nachdem die Standortfrage endgültig geklärt ist.

Die Umsetzung des Stufenkonzeptes erfordert gründliche Planungen, mit denen jetzt begonnen werden soll. Die Umsetzung wird wie bereits dargelegt mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Eine mögliche Abfolge der Teilprojekte ergibt sich aus der als Anlage 3 beigefügten ersten Planung.

Schon jetzt ist absehbar, dass die Umsetzung mit erheblichen Kosten verbunden sein wird, die genaue Höhe lässt sich zu dem aktuellen Zeitpunkt noch nicht beziffern.

Die Verwaltung wird in der zweiten Jahreshälfte 2017 den Ratsgremien berichten und Empfehlungen zur Umsetzung vorstellen, dann werden auch erste Aussagen bezüglich der zu erwartenden Kosten möglich sein. Die Realisierung der vom Gutachter empfohlenen Maßnahmen soll in den nächsten Jahren schrittweise im Rahmen der vom Rat beschlossenen Haushaltsmittel erfolgen.

Die ergriffenen Maßnahmen sollen dabei regelmäßig auf ihre Wirksamkeit evaluiert und der Schutzzieleerreichungsgrad regelmäßig ausgewertet werden. In 5 Jahren soll der Feuerwehrbedarfsplan erneut fortgeschrieben werden, um die erforderlichen Maßnahmen ggf. anzupassen.

3 Gutachten über die Organisationsuntersuchung der Berufsfeuerwehr

3.1 Empfehlungen des Gutachters

Losgelöst von dem Feuerwehrbedarfsplan hat der Gutachter den Auftrag erhalten, die organisatorische Struktur und die personelle Ausstattung des Fachbereiches 37 zu bewerten.

Die Benehmensherstellung zur Auftragsvergabe mit dem örtlichen Personalrat Feuerwehr ist erfolgt.

Die derzeitige Struktur des FB 37, bestehend aus drei Abteilungen, weist nach Auffassung des Gutachters aufgrund der heterogen zusammengesetzten Aufgabenbereiche Defizite auf. Die Wahrnehmung der Leitungs- und Koordinierungsaufgaben durch die Abteilungsleiter ist aufgrund der Vielfalt der unterstellten Verantwortungs- und Überwachungsbereiche deutlich erschwert. Für die Abteilungsstruktur wird deshalb eine Neugliederung für notwendig gehalten. Der Gutachter empfiehlt eine breitere Aufbauorganisation mit insgesamt fünf Abteilungen, die thematisch zusammenhängende Aufgabenbereiche bündeln und Schnittstellen minimieren.

Ein Teil der Mitarbeiter im Sonderdienst (Alarmdienst- und Sachgebietstätigkeit, überwiegend Führungskräfte) ist nach Auffassung des Gutachters zu stark belastet. Dies trifft insbesondere auf Mitarbeiter zu, die eine Leitungsfunktion für den operativen Dienst (z.B. Wachabteilungsleiter und Lagedienstführer) und parallel dazu eine Sachgebietsaufgabe (z.B. im vorbeugenden Brandschutz) wahrnehmen. Um alle notwendigen Aufgaben im Alarmdienst und in der Sachgebietstätigkeit vollumfänglich abzudecken, ist es notwendig, die Leitungsaufgaben an einigen Stellen von Sachgebietsaufgaben zu trennen und auf mehrere Mitarbeiter aufzuteilen. Hierdurch entsteht ein Stellenmehrbedarf in den Laufbahngruppen (LG) 1 und 2.

In einigen Sachgebieten sowie in den Werkstätten wurde festgestellt, dass die zur Verfügung stehende Arbeitsleistung durch Mitarbeiter im Schichtdienst derzeit nicht vollständig ausreicht, um die anstehenden Arbeiten zu erledigen. Aufgaben werden notgedrungen in die Bereitschaftszeiten verschoben oder gehen zu Lasten von Aus- und Fortbildung sowie des Dienst-sports. So werden die gem. Feuerwehrdienstvorschrift 2 und aufgrund anderer Rechtsvorschriften erforderlichen Ausbildungsumfänge derzeit nicht erreicht.

Die Betrachtung der Werkstatttätigkeiten hat ergeben, dass die umfangreiche Einbindung von Personal der Wachabteilungen problematisch ist, da diese Mitarbeiter oft nicht planbar zur Verfügung stehen. Zudem werden die Aus- und Fortbildung sowie der Dienstsport durch den hohen Arbeitsaufwand in einigen Werkstätten unzulässig eingeschränkt. Der Gutachter empfiehlt daher die externe Vergabe von feuerwehrfremden Tätigkeiten (z.B. Grünflächenpflege und Reinigung der Wachgebäude am Wochenende).

Alle weiteren Werkstattbereiche, wie Gerätewerkstatt, Schlosserei und Magazin, Kfz-Werkstatt, Feuerwehrservicezentrum (Atemschutz-, Schlauch- und Messgerätewerkstatt), sind für einen aus-fallsicheren Betrieb der Feuerwehr Braunschweig zwingend in Eigenregie weiterzuführen. Um den Werkstattbetrieb stabil zu gewährleisten, sollten zusätzliche Stellen für technische Beschäftigte im Tagdienst eingerichtet werden.

Der Gutachter hält es ferner für erforderlich, den Bereich der laufenden Aus- und Fortbildung auszubauen und zu intensivieren. Der Gutachter sieht für jede Einsatzkraft einen Fortbildungsbedarf aufgrund rechtlicher Vorgaben von 150 Stunden / Mitarbeiter und Jahr als notwendig an. Dieser Ausbildungsaufwand ist erforderlich, damit die Einsatzkräfte ihr Fachwissen in den Bereichen Brandschutz, Technische Hilfeleistung, Gefahrgut und Rettungsdienst auf einem aktuellen Stand halten.

Für diese zusätzlichen Ausbildertätigkeiten werden zusätzliche Mitarbeiter in der LG 1 benötigt. Weitere Stellenbedarfe in der LG 1 ergeben sich aus Arbeitsumfängen in den Sachgebieten, die nicht mehr ausschließlich aus dem Alarmdienst geleistet werden können (u.a. Gruppenführer Flughafenwache).

In der Summe ergibt sich aus der Organisationsuntersuchung ein Stellenmehrbedarf:

Feuerwehrtechnische Führungskräfte (LG 2):	10	Stellen
Feuerwehrtechnische Beamte (LG 1):	13	Stellen
Verwaltungsbeamte /-angestellte:	2,5	Stellen
Technische Beschäftigte:	6	Stellen
Insgesamt:	31,5	Stellen

3.2 Erste Einschätzung der Verwaltung

Die Feststellungen des Gutachters decken sich, soweit es den Ausbau der Führungsstruktur angeht, mit den Einschätzungen der Verwaltung. Bisher noch nicht im Blick der Verwaltung waren die Effizienzsteigerungen in den Werkstätten und der Ausbildung.

Die vom Gutachter vorgeschlagenen Organisationsänderungen wirken sich nur indirekt auf den Schutzzieleerreichungsgrad aus, tragen aber insgesamt zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Feuerwehr Braunschweig (u.a. Erhöhung des Ausbildungsstands der Einsatzkräfte) bei.

Die Gutachterempfehlungen zu den Organisationsänderungen sollen zunächst verwaltungsintern eingehend geprüft werden. Im Anschluss wird die Verwaltung in der zweiten Jahreshälfte 2017 den Ratsgremien berichten und Empfehlungen zur Umsetzung vorstellen.

Die Umsetzung der Empfehlungen kann auf Grund des Personalbedarfs und der notwendigen Ausbildung ebenfalls nur mittelfristig im Rahmen der vom Rat beschlossenen Haushaltsmittel erfolgen.

4 Vergleich mit anderen Städten

Der Gutachter hat die Kennzahlen der Feuerwehr Braunschweig (vor und nach der theoretischen Umsetzung aller Maßnahmen) mit den aktuellen Ist-Kennzahlen (aus den Jahren 2014 - 2016) von 35 anderen Feuerwehren (u.a. Hannover, Magdeburg, Halle (Saale), Gelsenkirchen, Bielefeld) verglichen. Dabei zeigt sich, dass die Feuerwehr Braunschweig aktuell zu zentralisiert (großer Versorgungsbereich pro Feuerwache mit vielen Beamten pro Standort) aufgestellt ist. Das Personal pro 1.000 Einwohner entspricht in etwa dem Mittelwert der Vergleichsstädte.

Nach Umsetzung der vom Gutachter vorgeschlagenen Maßnahmen (Feuerwehrbedarfsplan und Organisationsuntersuchung) und der damit verbundenen Dezentralisierung der Feuerwachen und der deutlichen Steigerung des Schutzzielerreichungsgrades würden die Wachstruktur und der Personalzuschnitt pro Standort in etwa dem Durchschnitt der Vergleichsstädte entsprechen, das Personal pro 1.000 Einwohner aber über dem aktuellen Durchschnitt liegen. Bei dem Wert „feuerwehrtechnische Beamte / 1.000 EW“ ist jedoch zu berücksichtigen, dass noch nicht alle Städte die 48 h/Wo umgesetzt haben und teilweise die Beamten dort noch 54 bis 56 h/Wo arbeiten. Immer mehr Feuerwehren setzen allerdings die Vorgaben der Arbeitszeitverordnung Feuerwehr um und reduzieren die Arbeitszeit auf 48 h/Wo, so dass der Durchschnittswert in den nächsten Jahren deutlich steigen wird.

4.1 Grundstruktur (Versorgungsbereichsgröße):

Braunschweig (Ist 2016)	96 qkm Versorgungsbereich je Wache
Braunschweig (nach Umsetzung)	48 qkm Versorgungsbereich je Wache
Median Städte <250.000 EW	60 qkm Versorgungsbereich je Wache
Median Städte >250.000 EW	40 qkm Versorgungsbereich je Wache

4.2 Personalstruktur (Verhältnis feuerwehrtechnische Beamte zu Standorten, ohne Leitstelle):

Braunschweig (Ist 2016)	138 feuerwehrtechnische Beamte je Standort
Braunschweig (nach Umsetzung)	90 feuerwehrtechnische Beamte je Standort
Median Städte <250.000 EW	105 feuerwehrtechnische Beamte je Standort
Median Städte >250.000 EW	100 feuerwehrtechnische Beamte je Standort

4.3 Personalstruktur (feuerwehrtechnische Beamte je 1.000 EW):

Braunschweig (Ist 2016)	1,09 feuerwehrtechnische Beamte / 1.000 EW
Braunschweig (nach Umsetzung)	1,42 feuerwehrtechnische Beamte / 1.000 EW

Berufsfeuerwehren (Mittelwert) 1,20 feuerwehrtechnische Beamte / 1.000 EW

4.4 Personalstruktur (feuerwehrtechnische Beamte zu Gesamtmitarbeiterzahl im FB):

Braunschweig (Ist 2016) 0,8 % hD (LG 2.2)
 9 % gD (LG 2.1)
 79,8 % mD (LG 1.2)

Braunschweig (nach Umsetzung) 1,3 % hD (LG 2.2)
 11 % gD (LG 2.1)
 76 % mD (LG 1.2)

Berufsfeuerwehren (Mittelwert) 1,3 % hD (LG 2.2)
 12 % gD (LG 2.1)
 77 % mD (LG 1.2)

Rest jeweils sonstige Beschäftigte

Ruppert

Anlage/n:

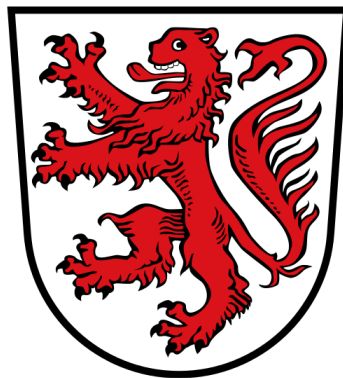
Anlage 1: Zusammenfassung des Feuerwehrbedarfsplans und der Organisationsuntersuchung

Anlage 2: zusammenfassende Stellungnahme des Stadtkommandos

Anlage 3: Umsetzungskonzept

Zusammenfassung

des Gutachtens zur Fortschreibung des
Feuerwehrbedarfsplans und den Ergebnissen der
Organisationsuntersuchung des Fachbereichs 37
der Stadt Braunschweig



Braunschweig, den 25. Januar 2017

Auftraggeber: Stadt Braunschweig

Projekt: Gutachten zur Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans und Organisationsuntersuchung des Fachbereichs 37 der Stadt Braunschweig – B500

Datenstand: April 2016

Projektleitung: Dipl.-Ing. Manfred Unterkofler

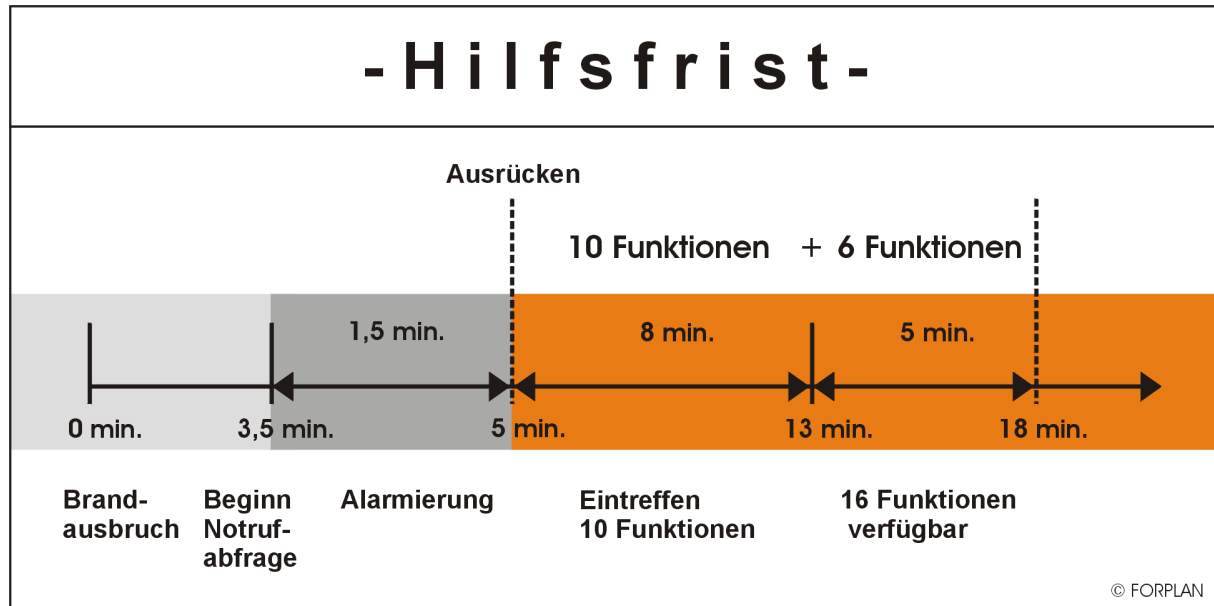
Projektbearbeitung: David Bormann
Alexander Knie
Andreas Pokorny
Carsten Kreitz

Anschrift: FORPLAN Forschungs- und Planungsgesellschaft für Rettungswesen,
Brand- und Katastrophenschutz mbH.
Kennedyallee 11
D-53175 Bonn
Telefon (0228) 91 93 90
Telefax (0228) 91 93 924
Internet www.forplan.com
E-Mail info@forplan.com

Das Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Firma FORPLAN Forschungs- und Planungsgesellschaft für Rettungswesen, Brand- und Katastrophenschutz mbH. unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Im Fall der Zuwiderhandlung wird Strafantrag gestellt.

1 Feuerwehrbedarfsplan

Die notwendigen Qualitätskriterien für die Feuerwehr Braunschweig, definiert durch „Hilfsfrist“ (Eintreffzeit), „Funktionsstärke“ und „Einsatzmittel“, gelten für Städte mit Berufsfeuerwehren in Deutschland auf Basis der durch die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF-Bund) in 2015 letztmalig bestätigten „Qualitätskriterien für die Bedarfsplanung von Feuerwehren in Städten“.

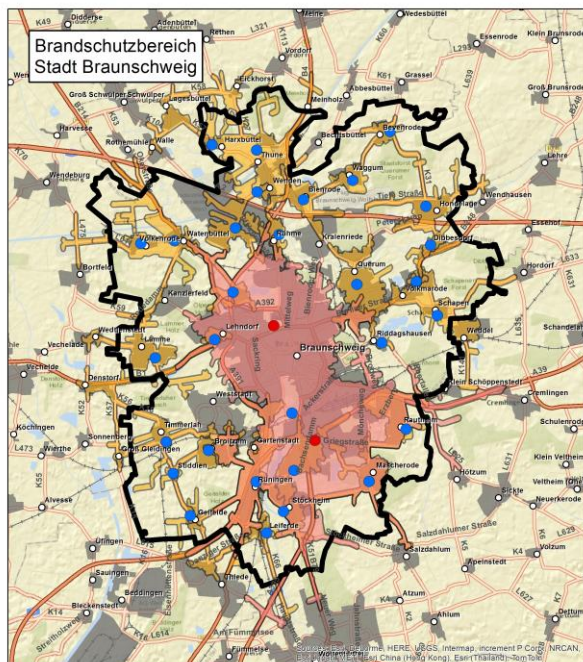


In der Schutzzielstufe 1 (10 Einsatzfunktionen in einer Hilfsfrist von 9,5 Minuten) wurden diese Qualitätskriterien in den vergangenen Jahren nur bei **65 % der schutzzielrelevanten Einsatzfälle** erreicht. Die Schutzzielstufe 2 (6 weitere Einsatzkräfte nach weiteren 5 Minuten, insgesamt 16 Einsatzfunktionen nach 14,5 Minuten) wurde in **84 % der Fälle** eingehalten. Der erforderliche Erreichungsgrad (gemäß AGBF-Bund) beträgt **90 %**.

Der erforderliche Erreichungsgrad wurde somit deutlich unterschritten, sodass sich dringender Handlungsbedarf zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit ergibt.

Die Einhaltung der Qualitätskriterien in den einzelnen Stadtteilen zeigt deutliche Unterschiede und hängt unmittelbar von der schnellen Erreichbarkeit der Stadtgebiete durch die Berufsfeuerwehr und der personellen Verfügbarkeit der Freiwilligen Feuerwehr ab. Von den derzeitigen Wachen der Berufsfeuerwehr können Bereiche im Norden, Nordosten und Westen nicht innerhalb der Hilfsfrist erreicht werden. Die zuständigen Ortsfeuerwehren sind besonders werktags tagsüber nicht in der Lage dies vollumfänglich zu kompensieren. Außerdem kommt es durch verschiedene Faktoren zu temporären Unterbesetzungen bei der Berufsfeuerwehr, sodass trotz rechtzeitigem Eintreffens die Funktionsstärke nicht vollständig erreicht wird.

Nachfolgende Abbildungen zeigen durch Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr in der Hilfsfrist erreichte Stadtgebiete (links) und die Risikoeinstufung der nicht abgedeckten Bereiche (Rasterdarstellung rechts).

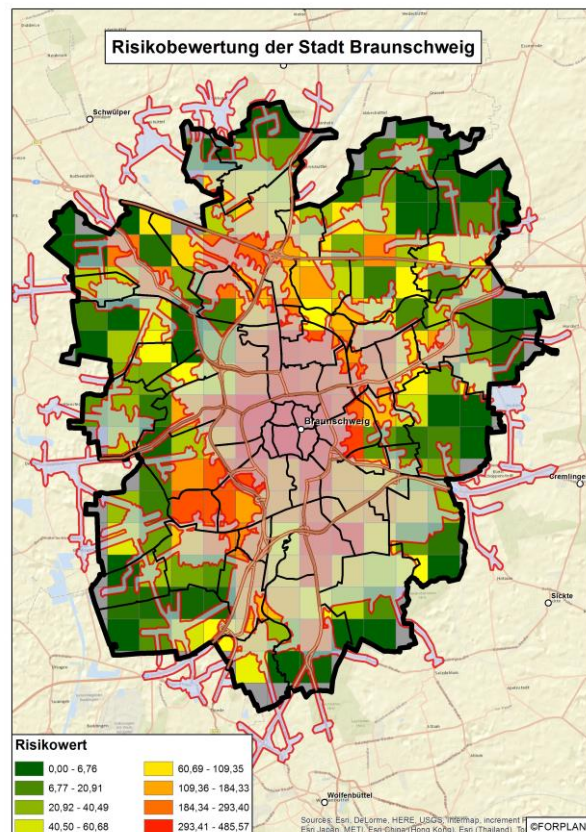


Räumliche Abdeckung durch BF und FF

Legende

- Wachenstandort BF
- Wachenstandort FF
- Stadtgrenze
- Abdeckung BF
- Abdeckung FF

0 1.500 3.000 6.000 Meter



Risikowert

- 0,00 - 6,76
- 6,77 - 20,91
- 20,92 - 40,49
- 40,50 - 60,68
- 60,69 - 109,35
- 109,36 - 184,33
- 184,34 - 293,40
- 293,41 - 485,57

Die Qualitätskriterien wurden auf Basis des festgestellten Risikos und unter Beachtung der Charakteristik der einzelnen Stadtgebiete neu festgelegt.

großstädtische Bereiche:

Schutzzielstufe 1	10 Fkt.	in einer Hilfsfrist von	9,5 Min.
Schutzzielstufe 2	16 Fkt.	in einer Hilfsfrist von	14,5 Min. (+6 Fkt.)

städtische Randbereiche:

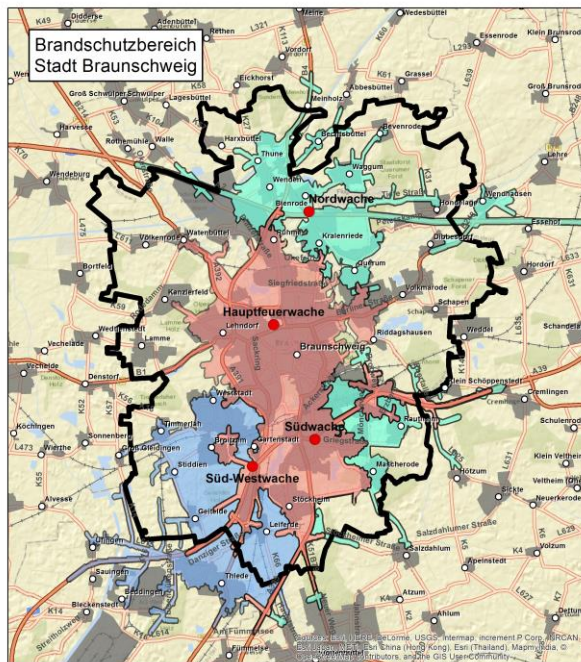
Schutzzielstufe 1	6 Fkt.	in einer Hilfsfrist von	9,5 Min.
Schutzzielstufe 2	16 Fkt.	in einer Hilfsfrist von	14,5 Min. (+10 Fkt.)

In den städtischen Randbereichen sind die 6 Einsatzfunktionen kurzfristig durch Kräfte der zuständigen Ortsfeuerwehr und nachrückende Kräfte der Berufsfeuerwehr zu ergänzen. Um diese Qualitätskriterien zukünftig in 90 % der Einsatzfälle einhalten zu können, werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

(1) dynamische Verkehrszeichenbeeinflussung	+2-3 %	
(2) Reduzierung von Unterbesetzungen	+8 %	~72 %
(3) Neubau einer Feuerwache im Südwesten	+7 %	
(4) Neubau einer Feuerwache im Norden	+11 %	~90 %

Ein Personalmehrbedarf ist lediglich mit den Schritten (2) und (4) verbunden. Im Schritt (3) erfolgt eine Dislozierung der vorhandenen Einsatzfunktionen ohne Personalsteigerung. Hilfsfristüberschreitungen kommen durch diese Maßnahmen zukünftig deutlich seltener vor, da die Berufsfeuerwehr planbar ein deutlich größeres Gebiet abdeckt (vgl. blaue und türkise Bereiche in nachfolgender linken Abbildung), bzw. werden auf ein vertretbares Maß von weniger als 1 Minute reduziert. Die Einbindung

der FF ist allerdings auch weiterhin im Randbereich und im Zeitverlauf (Schutzzielstufe 2 und später) unerlässlich.

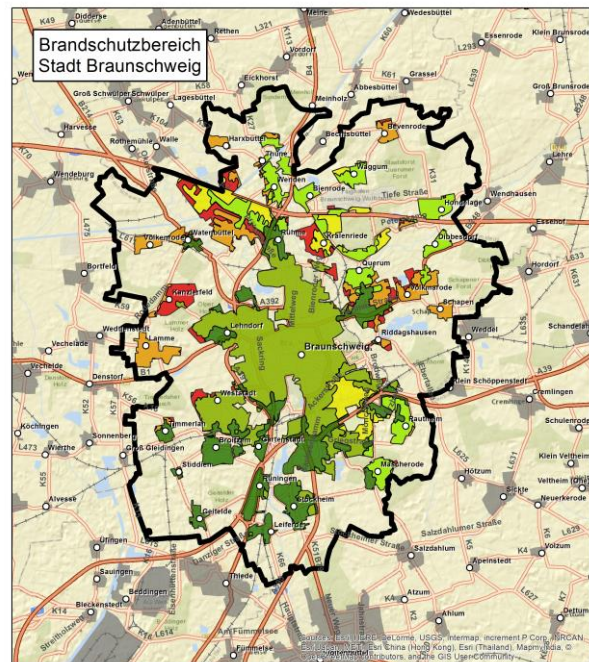


6.5-Minuten-Fahrzeit-Isochronen bei Anfahrt mit Signal aus den Standorten der BF Braunschweig

Legende

- Standort BF
- Stadtgrenze
- Abdeckung 16 Fkt.
- Abdeckung 10 Fkt.
- Abdeckung 6 Fkt.

0 1.500 3.000 6.000 Meter



Erreichbarkeit der bebauten Flächen im 1. Abmarsch (9.5 min nach Eingang d. Meldung)

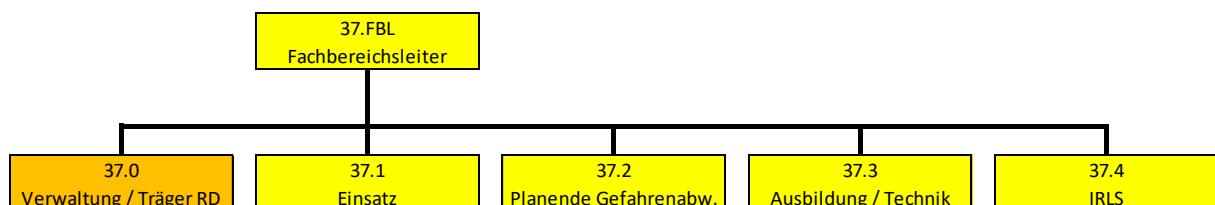
Legende

- FF + mind. 10 Fkt. BF
- mind. 10 Fkt. BF
- FF + mind. 6 Fkt. BF
- mind. 6 Fkt. BF
- FF
- nicht erreicht

0 1.250 2.500 5.000 Meter

2 Organisationsuntersuchung

Die bestehende Struktur des Fachbereichs, bestehend aus drei Abteilungen, wurde untersucht und weist auf Grund der heterogen zusammengesetzten Aufgabenbereiche deutlich Defizite auf. Die Wahrnehmung aller Leitungs- und Koordinierungsaufgaben durch die Abteilungsleiter ist auf Grund der Vielfalt der unterstellten Verantwortungs- und Überwachungsbereiche deutlich erschwert. Für die **Abteilungsstruktur** wurde somit eine Neugliederung erarbeitet. Die Aufgabengebiete wurden neu zusammengestellt und daraus eine Abteilungsstruktur mit zukünftig fünf Abteilungen entwickelt. Damit ist die Aufgabenstruktur innerhalb der Abteilungen deutlich homogener.



In der Feingliederung der einzelnen Abteilungen wurden folgende grundlegende Anpassungen vollzogen:

- (1) Die Abteilung „Verwaltung/Träger RD“ beinhaltet alle fachbereichsinternen Verwaltungsaufgaben, einschließlich Organisation und Finanzen, sowie die Aufgaben der Stadt Braunschweig als Träger des Rettungsdienstes.
- (2) Innerhalb der Abteilung „Einsatz“ sind alle operativen Dienste der Berufsfeuerwehr und notwendige Unterstützungsaufgaben für die Freiwillige Feuerwehr zusammengefasst.
- (3) Innerhalb der „Planenden Gefahrenabwehr“ wurden „Vorbeugender Brandschutz“, „Einsatzvorbereitung“ und „Bevölkerungsschutz“ aus drei Abteilungen in eine Abteilung gebündelt, um Schnittstellenprobleme zu reduzieren.
- (4) Die Abteilung Ausbildung/Technik beinhaltet eine zentral organisierte Aus- und Fortbildung für angehende Feuerwehrbeamte und bestehende Mitarbeiter in Feuerwehr und Rettungsdienst. Außerdem ist hier die Technik mit Beschaffungswesen und Werkstätten enthalten. Der Zusammenschluss dieser beiden Aufgabengebiete ist ein vertretbarer Kompromiss, da beide Bereiche keine eigenständige Abteilung bilden können.
- (5) Auf Grund der interkommunalen Zuständigkeit für die benachbarten Landkreise Peine und Wolfenbüttel ist die Leitstelle, einschließlich aller für den Betrieb notwendigen Mitarbeiter, in einer gesonderten Abteilung zusammengeführt.

In einigen Bereichen der Sachgebiete sowie den Werkstätten wurde festgestellt, dass die zur Verfügung stehende Arbeitsleistung durch Mitarbeiter im Schichtdienst nicht ausreicht, um die Arbeitskapazität zu bewältigen. Aufgaben werden notgedrungen in die Bereitschaftszeiten verschoben oder gehen zu Lasten von Aus- und Fortbildung sowie Dienstsport. Die innerhalb einer Dienstschicht zur Verfügung stehende Arbeitszeit stellt sich bei Berufsfeuerwehren üblicherweise wie folgt dar:

Arbeitsdienst je 24 Stunden-Schicht	8,0	Std.
Dienstübergabe / -übernahme	- 0,5	Std.
Einsatztätigkeit	- 1,0	Std.
Aus- und Fortbildung	- 2,0	Std.
Dienstsport	- 1,5	Std.
verbleibende Arbeitszeit	3,0	Std.

Dagegen steht eine notwendige Fortbildungszeit von **mindestens 150 Std.**, je nach Funktion, **teilweise bis zu 300 Std. je Mitarbeiter**. Der Anteil der Aus- und Fortbildung müsste demnach noch deutlicher angehoben werden, sodass die Arbeitszeit für Sachgebiets- und Werkstattarbeit innerhalb der Alarmdienste vollständig entfällt. Um dem zu entgegen und den oben dargestellten Rest an verplanbarer Arbeitszeit zu erhalten, wurde das Konzept der **Nordwache als „Ausbildungswache“** erarbeitet. Die Mitarbeiter werden temporär abgeordnet und erhalten einen Großteil der vorgeschriebenen Fortbildungsbestandteile dort in intensiver Form. Gleichzeitig werden Hilfsfristen und Grundschatz im nördlichen Stadtgebiet verbessert.

Auch bei **Mitarbeitern im Sonderdienst (Alarm- und Verwaltungsdienstanteile)** wurde teilweise Arbeitsüberlastung festgestellt. Dies traf vordergründig auf Mitarbeiter zu, die eine Leitungsfunktion für den operativen Dienst (z.B. Wachabteilungs-

leiter) und parallel eine Sachgebietsaufgabe (z.B. im vorbeugenden Brandschutz) wahrnehmen. Um alle notwendigen Aufgaben im Alarmdienst und Verwaltungsdienst vollumfänglich abzudecken, war es notwendig, die Leitungsaufgaben an einigen Stellen von Sachgebietsaufgaben zu trennen und auf mehrere Mitarbeiter aufzuteilen. Hierdurch entsteht ein **Stellenmehrbedarf in der Laufbahngruppe 2**.

Die Betrachtung der **Werkstatttätigkeiten** hat ergeben, dass die umfangreiche Einbindung von Personal der Wachabteilungen nicht weitergeführt werden kann, da diese Mitarbeiter oft nicht planbar zur Verfügung stehen und Aus- und Fortbildung sowie Dienstsport durch den hohen Arbeitsaufwand in einigen Werkstätten unzulässig eingeschränkt wird. Zunächst kann allerdings durch folgende externen Vergaben entlastet werden:

- Grünflächenpflege,
- bauliche Unterhaltungen und umfangreiche Renovierungsmaßnahmen,
- Feuerlöschervwartung,
- Teile der Gebäudereinigung (u.a. die Reinigung der Wachgebäude an den Wochenenden).

Alle weiteren Werkstattbereiche, wie Gerätewerkstatt, Schlosserei und Magazin, Kfz-Werkstatt, Feuerwehrservicezentrum, Bekleidungskammer und Elektro-/Funkwerkstatt sind nicht oder unwirtschaftlich extern realisierbar bzw. für einen ausfallsicheren Betrieb der Feuerwehr Braunschweig zwingend in Eigenregie weiterzuführen (u.a. fehlende Serviceverfügbarkeit externer Anbieter).

Zukünftig wird auch weiterhin Personal der Wachabteilungen im Alarmdienst zu Werkstatttätigkeiten herangezogen. Dadurch soll allerdings vorrangig die durchgehende Verfügbarkeit der Werkstatt sowie eine Spitzenbedarfsabdeckung sichergestellt werden. Um den Werkstattbetrieb stabil zu gewährleisten, werden **somit zusätzliche Stellen als technische Beschäftigte im Tagdienst** benötigt. Diese können auch von eingeschränkt dienstfähigen Beamten (z.B. nicht alarmdienstfähig) besetzt werden.

Insgesamt ergibt sich gegenüber dem Stellenplan 2017 folgender Stellenmehrbedarf:

Feuerwehrbedarfsplan:

- | | |
|--------------------------------------|--------------------------------|
| (1) Reduzierung von Unterbesetzungen | +22 fwt. Beamte im Alarmdienst |
| (2) Besetzung der Nordwache | +32 fwt. Beamte im Alarmdienst |

Organisationsuntersuchung:

- | | |
|--------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| (3) Laufbahngruppe 1.2 | +10 fwt. Beamte im Alarmdienst zur Kompensation von fehlenden Alarmdienstanteilen durch zusätzliche Sonderdienststellen |
| (4) Laufbahngruppe 1.2 | +3 fwt. Beamte Ausbilderpool Fw. |
| (5) Laufbahngruppe 2.1 | +9 fwt. Beamte im Sonderdienst |
| (6) Laufbahngruppe 2.2 | +1 fwt. Beamter im Sonderdienst |
| (7) techn. Dienst | +6 technische Beschäftigte |
| (8) Laufbahngruppe 2 | +2 Verwaltungsbeamte |
| (9) Verwaltungsassistenz | +0,5 VZÄ Verwaltungsangestellte |



An
Herrn Stadtrat Ruppert
über Fachbereich 37

Der Stadtbrandmeister

Name: Wolfgang Schulz
Abschnittsbrandmeister
Grenzweg 8
38104 Braunschweig
Telefon: 0531 / 36 13 42
Mobil: 0171 / 26 31 369
E-Mail: stbm@feuerwehr-braunschweig.de
Internet: www.freiwillige-feuerwehr-braunschweig.de

Tag und Zeichen Ihres Schreibens

(Bitte bei Antwort angeben)
Mein Zeichen
155-2017

Tag
22. Febr. 2017

Gutachten zur Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplanes der Stadt Braunschweig und Ergebnisse der Organisationsuntersuchung des Fachbereichs 37 der Stadt Braunschweig; Stellungnahme der Freiwilligen Feuerwehr zu den Ergebnissen nach der öffentlichen Präsentation der Ergebnisse vom 01. Februar 2017 in Volkmaroode

Sehr geehrter Herr Stadtrat Ruppert,

in der Anlage überreicht das Stadtkommando der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig die einzelnen Stellungnahmen der Ortsfeuerwehren in der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig zum Gutachten zur Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplanes der Stadt Braunschweig, sowie eine Stellungnahme zu den Ergebnissen der Organisationsuntersuchung des Fachbereichs 37 der Stadt Braunschweig.

Die Ortsfeuerwehren in der Stadt Braunschweig haben sich in den 3 Bereichen am 06.02.2017, 07.02.2017 und 10.02.2017 ausführlich und intensiv mit dem o. g. Gutachten der Fa. FORPLAN befasst. Die Sitzung des Stadtkommandos folgte am 16.02.2017. Im Nachgang zu diesem zusammenfassenden Schreiben sind die Stellungnahmen, wie folgt sortiert, beigefügt:

Kapitel 1:
ABC-Zug

Kapitel 2
Bereich West

Stellungnahmen der OF Lehdorf, Ölper, Lamme, Völkenrode, Watenbüttel, Rühme, Thune, Harxbüttel (nur Seite 1), das Protokoll der Bereichssitzung vom 07.02.2017, sowie eine Stellungnahme des stellv. StadtBM Loos.

Kapitel 3

Bereich Ost

Protokoll der Bereichssitzung vom 10.02.2017

Kapitel 4

Süd

Stellungnahmen der OF Rünigen, Broitzem, Stöckheim und Mascherode, sowie das Protokoll der Bereichssitzung vom 06.02.2017.

Zusammenfassend ist vom Stadtkommando in seiner Sitzung am 16.02.2017 festgestellt wurden, dass es folgende 6 wichtige bereichsübergreifenden Punkte im weiteren Fortgang zum Gutachten zu bearbeiten gilt, die eine Verbesserung des Schutzzieleerreichungsgrades möglich machen:

- Ausbau und Stärkung der bestehenden Alarmverbünde in jeweils beiden Richtungen unter Erweiterung der Alarmierungsstichworte,
- Bildung von mehr Alarmverbünden unter den vorher genannten Voraussetzungen,
- Ausbau und konsequente Umsetzung der Alarm- und Ausrückeordnung unter Hinzuziehung von Alarmfolgefunktionen (z. B. bei RD-Unterstützung, VU1, F1, BMA)
- Basis der Berechnung von Qualifikationen und Anwesenheit von Feuerwehrkameraden sollte in allen Berechnungen im Gutachten auf dem gleichen Datenstand beruhen
- Probeführung „Voralarm“ ab F 2 und VU3
- breitere Ausbildung von Führungskräften und Spezialfunktionen (u.a. AGT)

Zum Ausbau und der konsequenten Umsetzung der Alarm- und Ausrückeordnung bei weiteren Stichworten (VU1, BMA, RD-Unterstützung, F1) und Einsatzgebeiten (z. B. OF Rünigen und Broitzem für die Weststadt, OF Lamme und OF Watenbüttel für den Stadtteil Kanzlerfeld) sei angemerkt, dass dieses auch in Testphasen erprobt werden kann und sollte, da bekanntermaßen eine Umsetzung aller personellen und baulichen Maßnahmen des Gutachtens schon jetzt einen Zeitraum von über 10 Jahren beansprucht. Insbesondere sollten sich die Tests auf die sogenannten „sonstigen Zeiten“ (von 18.00 Uhr bis 06.00 Uhr) beziehen. Dieses erhöht in der Summe mit Sicherheit die Anzahl der Funktionen am jeweiligen Einsatzort zu jedem Einsatzstichwort.

Ein weiterer stadtübergreifender Punkt sollte die Prüfung des Ausbaus der Zusammenarbeit mit den 3 Werkfeuerwehren (VW, PTB, Flughafen) im Stadtgebiet sein. Hier sollte ebenfalls alle rechtlichen Möglichkeiten einer Einsatzbeteiligung ausgeschöpft werden, ebenso eine Ampelsteuerung in Feldversuchen über das gesamte Stadtgebiet von Braunschweig.

Hinsichtlich des Fahrzeugkonzeptes unterstützt das Stadtkommando die Ausführungen der OF Broitzem und sieht dort ein LF 10 als angemessenes Fahrzeug im Rahmen der Ausstattung.

Abschließend sei noch einmal auf die zahlreichen wichtigen Anmerkungen der Ortsfeuerwehren in Ihren beigefügten Stellungnahmen verwiesen, die ebenfalls in der Detailanalyse berücksichtigt und Zug um Zug abgearbeitet werden sollten um den Schutzzieleen jeweils näher zu kommen. Ein besonderes Augenmerk sollte auch zukünftig verstärkt auf der Mitgliedergewinnung für alle Abteilungen von der Kinderfeuerwehr über Jugendfeuerwehr bis hin zur Einsatzabteilung gelegt werden (siehe auch ISEK-Work-Shop).

Zu den Ergebnissen der Organisationsuntersuchung des Fachbereichs 37 der Stadt Braunschweig ist aus Sicht des Stadtkommandos der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig anzumerken, dass sich hier eine Veränderung der Organisationsstruktur des Sachgebietes Freiwillige Feuerwehr gewünscht wird. Es wird ein Referat Freiwillige Feuerwehr (Ref. 0370; ähnlich den Referaten im FB 20 und FB 50), direkt beim FBL 37 angeordnet, vorgeschlagen. Hier könnten alle Aufgaben problemlos gebündelt sowie schneller und effektiver außerhalb von „Abteilungshierarchien“ erledigt werden. Hinter der Freiwilligen Feuerwehr mit ihren Abteilungen stehen gemäß Satzung der Freiwilligen Feuerwehr insgesamt über 2.000 Mitglieder. Zur Verdeutlichung sind 2 Organigramme zum Stadtkommando sowie für die Ortsfeuerwehr zur Verdeutlichung der dahinterstehenden großen Organisationsform dieser Einheiten beigefügt.

Mit kameradschaftlichem Gruß

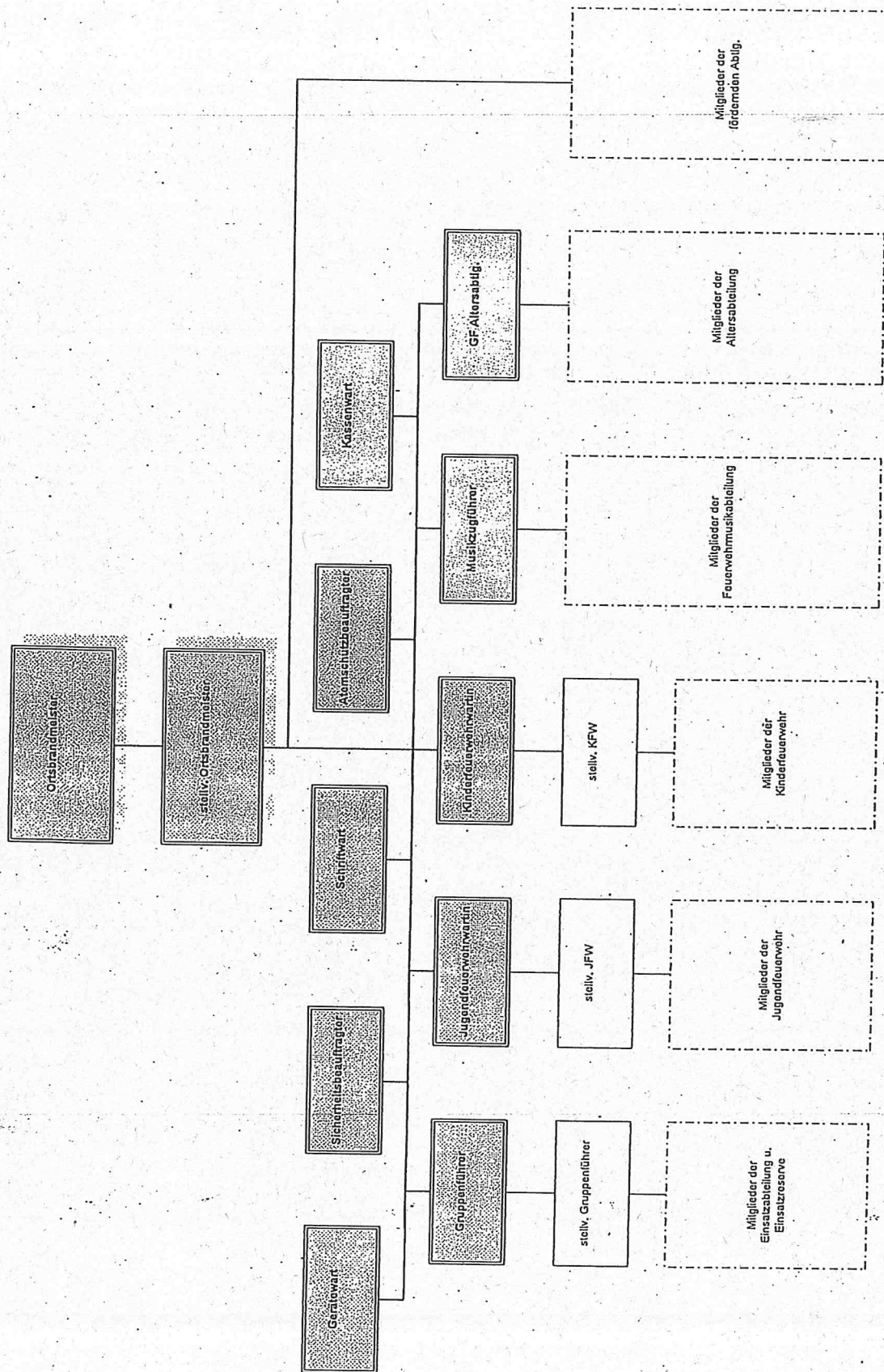
ABM Wolfgang Schulz
-Stadtbrandmeister-

ANLAGEN

Organigramm



Ortsfeuerwehr Organigramm



Legende:

- Mitglied im Ortskommando kraft Amtes
- Mitglied im Ortskommando ohne Stimmrecht
- Funktion ohne Sitz im Ortskommando
- Mitglieder der Abteilung

Gültigkeit gem. der Satzung der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig vom 08.10.2015, gem. § 9 Abs. (1) – (3).

Stand: 01.01.2017

Anlage 2

Mögliches Umsetzungskonzept Steigerung Schutzzielerreichungsgrad (ohne Organisationsuntersuchung)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Naumburgstraße															
Projekt A - Neubau Führungs- und Lagezentrum	4,5 Jahre (Entlastung HW)														
A1 Neubau Führungs- und Lagezentrum															
A2 Redundanzleitstelle auf der Südwestwache															
A3 Staffelbesetzung HLF															
Projekt B - Neubau Süd-Westwache				4 Jahre (Entlastung SW)											
B1 Neubau Süd-Westwache		# ISV													
B2 Umnutzung Südwestwache															
Projekt C - Sanierung Hauptwache						4,5 Jahre (Sanierung HW)									
C1 Sanierungskonzept															
C2 Sonderfahrzeughalle															
C3 Sanierung Wachgebäude															
C4 Erweiterung Rettungswache															
Projekt D - Neubau Nordwache										3 Jahre					
D1 Neubau Nordwache - 1.BA															
D2 Neubau Nordwache - 2.BA															
Projekt E - Katastrophenschutz													2 Jahre		

Schutzzielerreichungsgrad ca. 72 %

Schutzzielerreichungsgrad ca. 79 %

Schutzzielerreichungsgrad ca. 90 %

Absender:

**AfD-Fraktion im Rat der Stadt
Müller, Hans E.**

TOP 6.1
17-03953
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Erstellung eines Jahresberichts der Feuerwehr

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.02.2017

Beratungsfolge:

Feuerwehrausschuss (Vorberatung)

13.03.2017

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

21.03.2017

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

28.03.2017

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen, dass in Zukunft regelmäßige Jahresberichte, beginnend mit dem für 2016 erstellt werden. Sie sollen folgende Punkte beinhalten:

- (1) Stellenplan mit Amtsbezeichnung, Besoldungsgruppe, Soll- und Ist-Zustand
- (2) Fahrzeugbestand aufgeschlüsselt nach BF und FF, nach Alter und Einsatzhäufigkeit
- (3) Aufgeschlüsselte Zahl der Einsätze: Brandeinsätze - Rettungsdiensteinsätze - Technische Hilfeleistung
- (4) Nach (3) aufgeschlüsselte Zahlen von Rettungen aus akuter Lebensgefahr; alle übrigen sind kostenpflichtig. Angaben über die Einnahmen aus den kostenpflichtigen Einsätzen.
- (5) Nach (3) aufgeschlüsselte Zahlen der Einsatzdauer
- (6) Nach (3) aufgeschlüsselte Zahlen der an den Einsätzen direkt beteiligten Personen.

Möglicherweise sind die Punkte (5) und (6) nachträglich für 2016 nicht mehr zu rekonstruieren, doch für eine transparente Leistungskontrolle sind sie unerlässlich.

Sachverhalt:

Jahresberichte sind für die Aufsichtsbehörden eine Leistungskontrolle und stellen für die Öffentlichkeit Transparenz her. Die Feuerwehr Braunschweig hat 2012 ihren letzten Jahresbericht vorgelegt, seither wegen angeblichen Personalmangels keinen mehr. Für 2016 und 2017 wurden jedoch zusätzliche Planstellen beantragt.

In vergleichbaren Städten wie Magdeburg und Hannover werden diese Jahresberichte erstellt. Um eine bessere Übersicht über die Leistungen und Anforderungen der Feuerwehr zu erhalten, wäre eine verpflichtende Erstellung der Jahresberichte von großem Vorteil.

Momentan wird dieser Jahresbericht nicht zur Verfügung gestellt, da die Erstellung freiwillig ist.

Anlagen: keine

<i>Betreff:</i> Erstellung eines Jahresberichts der Feuerwehr

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat II 37 Fachbereich Feuerwehr	<i>Datum:</i> 09.03.2017
-------------------------------------------------------------------------	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Feuerwehrausschuss (zur Kenntnis)	<i>Sitzungstermin</i> 13.03.2017	<i>Status</i> Ö
------------------------------------------------------------	-------------------------------------	--------------------

Sachverhalt:

Zum Antrag der AfD-Fraktion vom 18.02.2017 wird wie folgt Stellung genommen:

Es ist zutreffend, dass ab dem Jahr 2013 auf die Erstellung von Jahresstatistikberichten der Feuerwehr verzichtet wurde. Der sich bereits ab 2012 abzeichnende und ab dem Jahr 2013 konkret immer größer werdende Personalmangel in der Laufbahngruppe 2.1 (ehemals gehobener feuerwehrtechnischer Dienst) war ausschlagend dafür, dass die Verwaltung Prioritäten hinsichtlich der Aufgabenwahrnehmung festlegen musste und sich dafür entschieden hat, auf die Wahrnehmung dieser freiwilligen Aufgabe zu verzichten. Der Verzicht auf die Erstellung von Jahresstatistikberichten war sachgerecht, da die Pflichtaufgaben (abwehrender und vorbeugender Brandschutz und Hilfeleistungsaufgaben) unverändert wahrzunehmen waren und andere freiwillige Aufgaben nicht zur Disposition standen.

Mit der Schaffung von neuen Planstellen in den Jahren 2016 und 2017 stehen voraussichtlich weiterhin keine Personalkapazitäten für die Erstellung von Jahresstatistikberichten zur Verfügung.

Die Stellenschaffungen des Jahres 2016 in der Laufbahngruppe 2.1 bezogen sich in erster Linie auf die Betreuung der bei der Berufsfeuerwehr Braunschweig vorgesehenen Bauprojekte (Neubau Führungs- und Lagezentrum sowie Hauptwache), die Stärkung des vorbeugenden Brandschutzes resultierend aus dem Brand der Tiefgarage Magni mit dem Ziel, die Fristen zwischen zwei Brandverhütungsschauen zu verkürzen sowie die beschleunigte Durchführung von Fahrzeugbeschaffungen, da diese nicht im zeitlich vorgesehenen Rahmen erfolgten.

Die Stellenneuschaffungen im Stellenplan 2017 in der Laufbahngruppe 2.1 beziehen sich einerseits auf den Aufbau einer Strategieplanung für den Bevölkerungsschutz aus feuerwehrtechnischer Sicht, auf Grund der Verschärfung der Sicherheitslage in den bevölkerungsschutzrelevanten Bereichen wie Naturkatastrophen, Pandemien, technischen Unglücksfällen, Schutz kritischer Infrastrukturen und Terrorismus, andererseits auf die nach dem Niedersächsischen Rettungsdienstgesetz zu erbringenden organisatorischen Trägeraufgaben für den Rettungsdienst sowie auf die Intensivierung der Wachausbildung auf Grund der geänderten Ausbildungssituation (z. B. Verlängerung der Ausbildung im feuerwehrtechnischen Dienst und Einführung der Notfallsanitäterausbildung).

Zu den Stellenneuschaffungen wird auch auf die Begründungen zu den Stellenplanänderungen 2016 und 2017 verwiesen.

Insgesamt zeigt das Spektrum der Stellenneuschaffungen, dass diese vorrangig für die

Erledigung von Pflichtaufgaben bzw. zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der Berufsfeuerwehr erfolgt sind bzw. erfolgen werden. Die Erledigung freiwilliger Aufgaben ist durch diese Stellenneuschaffungen nicht vorgesehen und auch nicht möglich. Insofern wird seitens der Verwaltung empfohlen, bis auf Weiteres auf die Erstellung von Jahresstatistikberichten zu verzichten.

Ruppert

Anlage/n: keine